

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift  
Tageblatt Riesa,  
Ferien Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1530.  
Cirkular:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 181.

Mittwoch, 6. August 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 33 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 88 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Besondere Rabatte erwünscht, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Beziger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostebstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Weltbank und deutsche Reichsbahn.

Offiziell nennt man sie „B. I. B.“, Bank für internationale Zahlungsbereitstellung, aber im bayerischen Verkehr heißt sie die „Weltbank“ und Basel ist sehr stolz darauf, sie zu haben. Mit Recht! Die Niederlassung dieses Instituts in Basel hat dem alten Geldplatz, der schon im Mittelalter als eines der Zentren europäischer Kapitalanhäufung eine gewaltige Rolle spielte, wieder einen neuen Aufschwung gegeben. Man fühlt sich in Basel nicht nur Paris, sondern auch London und New York gleichberechtigt und es herrscht hier vielleicht mehr Interesse für große Investitionen als an einem der genannten Plätze. Das gilt besonders für Deutschland und dabei hat sicher die geographische Nähe und die intimere Kenntnis deutscher Verhältnisse ihre wichtige Bedeutung. Darum erregt in allen bayerischen Kreisen die Beteiligung der Weltbank an der Finanzierung der deutschen Reichsbahn großes Interesse. Es sind nicht nur die Bankiers, die sich für diese Investition vom Gesichtspunkt ihrer Kapitalanlage einsehen, sondern auch Männer der Wirtschaft, die in der deutschen Reichsbahn Möglichkeiten erblicken, die noch nicht entwickelt sind, die sich aber mit der Zeit entwickeln lassen und die weit über die Bedeutung der Reichsbahn als bloßes Verkehrs-Institut für die auf Schienen laufenden Personen- und Gütertransporte hinausweisen.

Man ist zunächst in diesen Wirtschaftskreisen der Ansicht, daß die Reichsbahn es in der Hand hätte, dem Weltverkehr den ihr zur Zeit das Auto bereitet, durch großzügige eigene Entwicklung des Luft- und Personenaufverkehrs nicht nur entgegenzutreten, sondern daraus eine Quelle ungeheurer Reinerträge zu machen. Nicht an irgend welcher Einschränkung dieses Verkehrs, meinen die Wirtschaftsmänner, sondern an einem Ausbau durch die Mittel der Reichsbahn selbst hätte diese Interesse. Stünde man da einem großen Plan gegenüber, der alle Verzweigungen und Verbindungen des Verkehrs bis zu den kleinsten Orten herab umfaßt und der auch zugleich den Bau der notwendigen Straßen umfaßt, so würden sich die Geldmittel zweifellos aufbringen lassen. Aber ein Programm, ein bis ins einzelne ausgeführtes Programm ist nötig! Und da die Reichsbahn auch schon einzelne Wirtschafslinien betreibt, so wäre auch die Erweiterung dieser Linien an geeigneten Stellen in den Kreis dieses Planes aufzunehmen.

Aber man weist auch noch auf anderes hin. Die Reichsbahn ist ja nicht nur das größte Verkehrsunternehmen, sie ist auch der größte Grundbesitzer der Welt. Amerikanische Eisenbahngesellschaften sind bereits mit dem Weltmarkt vorangegangen, ihre Bahnhöfe mit Wolkenkratzern zu überbauen, in denen sie ihre Büros und auch Beamtenwohnungen unterbringen, wofür sie anderen Grundbesitz, der sonst für solche Zwecke verwendet werden müßte, mit großem Gewinn abgestoßen haben. Man braucht durchaus nicht an dreißigstöckige Wolkenkratzer zu denken, auch bei bescheideneren, dem deutschen Geschmack besser angepaßten Gebäuden wäre eine rentable Ausnutzung der riesigen Bahnhöfe wohl denkbar. Französische und amerikanische Eisenbahngesellschaften machen übrigens auch gute Geschäfte mit den auf ihrem Grund und Boden errichteten Bahnhöfen, die wegen der Bequemlichkeit des Verkehrs von einem Teil des reisenden Publikums bevorzugt werden. Im südlichen Frankreich haben es die Eisenbahnen auch verstanden, durch Bau von Hotels an besonders schönen Punkten erst einen umfangreichen Touristenverkehr zu schaffen. So böten sich Möglichkeiten, die Einnahmen der Reichsbahn auch ohne die fortwährende Erhöhung der Tarife für Personen und Güter zu vermehren. Man kann ja auf dem Wege der Tarifherabsetzung nicht unbegrenzt weitergehen, weil ja bei einer gewissen Höhe die Grundlagen des Verkehrs selbst vernichtet werden. Man sieht daher in den Kreisen, die der Weltbank nahe stehen, die Notwendigkeit ein, daß es einmal mit den Tarifherabsetzungen ein Ende haben muß und daß es bedenklich ist, die Kreditfähigkeit der Reichsbahn lediglich auf diese permanente Erhöhung zu basieren.

Die Weltbank ist zugleich die Reparationsbank. Sie nimmt als Organ von Deutschlands Gläubigern an der Rentabilität der Reichsbahn den größten Anteil. Jede Steigerung der wirtschaftlichen Rentabilität ist aber auch ein Vorteil für Deutschland und fördert die deutsche Wirtschaft wiederum mittelbar.

## Am Danzigs politische Freiheit

Saag, 6. August.

In der Sitzung des Ständigen Internationalen Gerichtshofs machte der Direktor des Internationalen Arbeitsamts in Genf, Albert Thomas, einen Kompromißvorschlag, der die politischen Bedenken gegen die Zulassung Danzigs zur internationalen Arbeitsorganisation beheben soll. Die politische Forderung, wonach Danzig die volle Wahrgabe seiner außenpolitischen Angelegenheiten Polen überlassen müsse, soll nach Vorschlag von Thomas insofern erfüllt werden, als Polen eine einmalige generelle Zustimmung zur Teilnahme Danzigs an der Arbeit der internationalen Arbeitsorganisation geben solle. Sobald dieser Akt der außenpolitischen Vertretung erledigt und damit den politischen Wünschen Genüge getan sei, soll Danzig völlig frei darin sein, innerhalb der internationalen Arbeitsorganisation alle Rechte und Pflichten auszuüben, die die anderen Mitglieder der Organisation hätten.

## Reichsregierung und Parteien.

von Berlin. Für den 18. August ist eine Sitzung des Reichskabinetts angesetzt worden, in der aktuelle Probleme, wie die Wahlreform, das Pensionsfürsorgengesetz und die Streichungspläne des Reichsfinanzministers für den Etat des Jahres 1931 zur Erörterung kommen sollen. Die Kabinettsitzung war ursprünglich schon für diese Woche vorgesehen, sie ist aber aufgeschoben worden, damit sämtliche Reichsminister daran teilnehmen können und genügend Zeit haben, sich darauf vorzubereiten. Der Reichsfinanzminister beabsichtigt, auch im nächsten Etat Abstriche von rund 500 Millionen Mark vorzunehmen. Es wird sich aber solange Zeit vorher wohl kaum schon eine Entscheidung darüber treffen lassen.

In einem untrüben Problem gehört auch die Behandlung der Rarität, die bekanntlich die Reichsregierung zur Preislenkungsaktion veranlassen oder sogar durch die Ausbreitung einer Aufkäuferaktion will.

In der Parteibewegung vollzieht sich die Klärung und die Ausdehnung der Gegensätze nur sehr langsam. Durch die Presse gehen zahlreiche Mitteilungen aus allen Teilen des Reiches, die namentlich Zustimmungserklärungen zu der Bildung der neuen deutschen Staatspartei oder auch Ablagen aus den alten demokratischen Kreisen wiedergeben. Mit Spannung wird die bevorstehende abermalige Unterhaltung zwischen Herrn Koch-Weser oder vielleicht in dessen Abwesenheit durch Herrn Dr. Höpfer-Winkel einverleitet und dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, andererseits, am Donnerstag erwartet. Dazu nimmt von neuem die Nationalliberalen Korrespondenz, der parteiämliche Pressedienst der Deutschen Volkspartei, das Wort, um die Auffassung als unrichtig hinzustellen, als ob viele neuerliche Aussprüche den Zweck haben könne, neue politische Verhandlungen zwischen Deutscher Volkspartei und Staatspartei herbeizuführen. Es handle sich dabei, bemerkt die Korrespondenz, nicht um eine politische Aktion, sondern um eine einfache Aussprache von Mensch zu Mensch, die auf Erfolg und die sich auch schon daraus von selbst ergäbe, daß Herr Koch-Weser und Dr. Scholz sich aus langen Jahren gemeinschaftlicher kommunaler Tätigkeit kennen. Im übrigen wird weiter gesagt, daß die Haltung der Deutschen Volkspartei sich nicht geändert habe und daß diese Partei nach wie vor ohne Rücksicht auf die Begriffe Rechts und Links alle diejenigen zusammenfassen wolle, die bereit seien, die Rettung des Staates in letzter Stunde über alles andere, sonst Trennendes, zu stellen; die Partei würde es begrüßen, wenn die Staatspartei an der Bildung einer solchen großen Front teilnehmen würde.

Auch von anderer Seite wird berichtet, daß die Dvp. die Verhandlungen nur noch mit dem Ziele führen wolle, eine Art Waffenstillstand zwischen der konservativen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Staatspartei und der Deutschen Volkspartei für den Wahlkampf auf der Basis eines gemeinsamen Auftrages zu vereinbaren.

## Ein offener Brief an Dr. Scholz.

von Berlin. Im Berliner Börsen-Courier veröffentlicht der der Deutschen Volkspartei angehörende Oberregierungsrat in der Presseabteilung der Reichsregierung Dr. Walter Heide einen offenen Brief an den Parteiführer Dr. Scholz, worin er ihn auffordert, auch die letzte Möglichkeit zu einer Sammlung auf der ursprünglich geplanten Basis, also unter Einschluss der Deutschen Staatspartei,

zu erschöpfen. „Hätte Stresemann gelebt“, so heißt es in dem Brief, „wäre es überflüssig nicht zu dieser Art der Gründung der Staatspartei gekommen, die wir bedauern. Niemals aber wäre auch ein Bruderstreit entbrannt, wie wir ihn jetzt schmerzhaft erleben. Nicht Sie trifft die Schuld, daß es so kam. Aber Sie haben jetzt die heilige Pflicht, noch einmal die ausgetrocknete Hand zu ergreifen, die Herr Koch in Selbstenttäuung für einen neuen Mann Ihnen bot... Zwei Männer mit solch vornehmer Bekennung, die einander „in alter Verehrung“ benennen, sollten gemeinsam dem Weg aus diesem Labirinth des Dasses und der Zwietracht finden. Herr Minister, bringen Sie in die Verhandlungen den kritischen Hauch einer neuen Befinnung, sprechen Sie von Mann zu Mann ohne sich in Taktik zu verlieren. Denn Einzelpersonlichkeit ist immer noch das Primäre. Offenheit und Tatwille bedingen den Erfolg. Der Staat ist in Gefahr, die Zeit drängt, und die Wählerschaft will klare Fronten.“

## Die Dresdner Demokraten

zur Staatspartei übergetreten.

von Dresden. Wie wir erfahren, haben die Dresdner Demokraten in einer sehr kurz belichteten Versammlung fast einstimmig beschlossen, zur Deutschen Staatspartei überzutreten. Sie haben folgende Entschlüsse gegen drei Stimmen angenommen:

„Die Mitteldeutslichen der Deutschen Demokratischen Partei in Dresden beklagt die Gründung der Deutschen Staatspartei und hofft, daß sie über alle Parteischranken und Parteischablonen hinweg eine klare Bewegung zur politischen Sammlung aller der Kräfte auslösen wird, die unter Verwerfung des verantwortungslosen Individualismus und der Ablehnung aller Klassen- und Interessentendenz bereit sind, den Volks- und Staatsgedanken wieder zum Siege über den Parteigedanken zu verhelfen und auf dem Boden der deutschen Republik durch entschlossene Tat dem deutschen Volk zu neuem Wohlbefinden zu verhelfen. Es wurde ein Aktionsauschuß eingesetzt, in dem Demokraten und völkernationale Mittelglieder entsandt werden und der die Wahlen vorbereiten soll. Beschlüsse über organisatorische Veränderungen sollen erst nach der Wahl gefaßt werden.“

## Dr. Brüning Spitzenkandidat für Breslau

Breslau, 6. August

Die Zentrumspartei hat als Spitzenkandidaten für den Wahlkreis 7 (Breslau) den Reichsanwalt Dr. Brüning aufgestellt. An zweiter Stelle steht auf dem Wahlvorschlag der bisherige stellvertretende Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums, Dr. Perittius.

## Reichsinnenminister Dr. Wirth Spitzenkandidat in Liegnitz

Liegnitz, 6. August.

Die Zentrumspartei hat an Stelle des ausfallenden Abgeordneten Wilkens den Reichsminister des Innern Dr. Wirth als Spitzenkandidaten für den Wahlkreis 3 (Liegnitz) aufgestellt.

## Schweres Grubenunglück im Saargebiet.

Saarbrücken. (Funkpruch.) Auf dem Ortsteil „Lamelleite“ bei Clarental bei der Inspektion Louffenthal ereignete sich heute früh auf Abteilung 1 eine Kohlenrauberexplosion. In der Abteilung waren 48 bis 50 Bergleute beschäftigt. Im Laufe des Vormittags wurden 19, zum Teil schwer verbrannte Arbeiter zu Tage gefördert und ins Fischbach-Wöllinger-Lazarett übergeführt. Für die Grube besteht keine Gefahr, da die Wetterführung vollkommen in Ordnung ist. Meldungen über Bergungen von Toten liegen nicht vor.

## Wertkattenfuge des Flugzeuges Do. X.

von Friedrichshafen. Nachdem der Motorenwechsel des Flugzeuges Do. X. nunmehr vollendet ist, hat das Flugzeug gestern zwei je einhalbstündige Probeflüge unternommen, die glatt verlaufen sind. Die Motoren liefen zur Zufriedenheit. Die Wertkattenfuge sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Nachdem nun auch die gesamte Einrichtung — der Flugkasten, die funktionsgraphische Station und anderes — eingebaut worden ist, können die Wertkattenfuge, die vom Chefpiloten der Dornierwerft Richard Wagner durchgeführt werden, demnächst zum Abschluß gelangen. Dann wird die eigentliche Belastung des Flugzeuges das Schiff übernehmen und Flugversuche mit Brennstoffverbrauchsrechnungen und verchiedenen Belastungsproben ausführen. Erst nach Abschluß dieser Versuche wird das Programm für die großen Flüge definitiv festgelegt werden.

## „Luftangriff“ auf Otmuk.

von Otmuk. In der Nacht zum Dienstag fand in Otmuk eine große Abwehraktion gegen Luftangriffe statt. Kurz nach Mitternacht verkündeten Sirenen das Nähen feindlicher Flugzeuggeschwader. Die Stadt wurde darauf in völliges Dunkel gehüllt. Die bei den Abwehraktionen aufgestellten Flakgeschütze begannen zu spielen. Gleichzeitig eröffneten die Batterien das Feuer. Bombenwürfe auf die Stadt wurden durch rote Leuchtstrahlen markiert, die von den Flugzeugen abgeschossen wurden. Während der Lebung, die bis 2 Uhr dauerte, war der Verkehr in der Stadt völlig eingestellt. Die Schiedsrichter sind zur Zeit noch mit der Ausarbeitung der Ergebnisse beschäftigt. Die Organisation bei dem Nachtangriff scheint ziemlich geklappt zu haben. Dagegen hat die Bevölkerung die Vorschriften für den passiven Widerstand bei einer ähnlichen Lebung am Tage nicht beachtet.

## Ministerpräsidentenwahl in Oldenburg.

Der erste Wahlgang erfolglos.

von Oldenburg. Der Oldenburgische Landtag trat gestern zur Wahl eines Ministerpräsidenten zusammen. Die Rechte stimmte für den Regierungspräsidenten von Gutin-Casseboom, der 13 Stimmen erhielt. Für den Zentrumskandidaten, Minister Driner, stimmten 9 Abgeordnete. Die Linke und die Nationalsozialisten gaben weiße Bettel ab. Da kein Kandidat die absolute Mehrheit von 25 Stimmen erhielt, wird die Wahl heute wiederholt. Inzwischen suchen die Parteien einen Weg zur Verständigung. Die Linke hat die Forderung nach Bildung eines politischen Ministeriums erhoben.